

Hopfenweg 21  
Postfach/C.p. 5775  
CH-3001 Bern  
Tel. 031 370 21 11  
Fax 031 370 21 09  
info@travailsuisse.ch  
www.travailsuisse.ch

Herr Bundespräsident  
Joseph Deiss  
Vorsteher des Eidg. Volkswirtschafts-  
departementes  
3003 Bern

Bern, 8. September 2004

## **Vernehmlassung zum Bundesgesetz über Regionalpolitik**

Sehr geehrter Herr Bundespräsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zum Bundesgesetz über die Regionalpolitik Stellung zu nehmen und unterbreiten Ihnen folgende Bemerkungen:

### **I. Grundsätzliche Bemerkungen**

Travail.Suisse bejaht den Reformbedarf bei der Regionalpolitik und stimmt einer Neukonzeption zu. Wir erachten jedoch die Neugestaltung des Finanzausgleichs und die flächendeckende Grundversorgung mit Infrastrukturleistungen zu günstigen Preisen innerhalb einer umfassend verstandenen Regionalpolitik als prioritär.

Wir befürworten grundsätzlich die direkte Regionalpolitik, welche auf wettbewerbsfähige Arbeitsplätze in den Regionen zielt und dadurch einen Beitrag zur dezentralen Besiedelung der Schweiz leistet. Nebst der Fokussierung auf die wirtschaftliche Entwicklung der benachteiligten Regionen darf aber die nachhaltige und sozialverträgliche Entwicklung nicht zurückgestellt werden.

Als kritisch erachten wir die Rolle der Stiftung für Regionalentwicklung. Es ist zu befürchten, dass diese Stiftung nicht zu einem sinnvollen Mitteleinsatz beiträgt, sondern eher zu Doppelspurigkeiten führt. Des Weiteren ist die Kofinanzierung durch die Kantone noch zu unsicher.

Travail.Suisse ist der Meinung, dass das bewährte Instrument der einzelbetrieblichen Wirtschaftsförderung (Bonny-Beschluss) weitergeführt werden muss. In diesem Zusammenhang

fordert Travail.Suisse dass nur Unternehmen unterstützt werden, welche die in der Branche existierenden Gesamtarbeitsverträge einhalten.

Was die Agglomerationspolitik betrifft, erachtet wir eine Integration in die Neue Regionalpolitik als nicht wünschenswert. Die Förderbeiträge würden dadurch noch weiter gestreut. Der Bund muss eine eigenständige Agglomerationspolitik mit dem nötigen Instrumentarium entwickeln.

## II. Ergänzender Fragekatalog

### Vorbemerkung

Travail.Suisse sagt drei Mal Nein zu den Alternativen zur vorgeschlagenen Neuen Regionalpolitik NRP. Aus diesen drei Nein kann aber keine vorbehaltlose Zustimmung zur NRP-Vorlage des Bundesrates abgeleitet werden.

### 1. Alternative

Keine direkte Regionalpolitik neben der NFA und den Sektoralpolitiken:
Sind Sie der Ansicht, dass gemessen an der NFA und den Sektoralpolitiken künftig keine direkte Regionalpolitik weitergeführt werden sollte?

**Nein.**

#### Begründung:

NFA und Sektoralpolitiken decken den Förderungsbedarf keineswegs ab.

Die Regionalpolitik bedarf einer Gesamtsicht und Koordination der sektoriellen Bemühungen.

Gewisse Regionen (insbesondere Neuenburg und Jura) haben den Bonny-Beschluss auf intelligente Weise zu nutzen gewusst.

### 2. Alternative

Überführung des IHG-Fonds in eine Stiftung Regionalentwicklung als einzige künftige regionalpolitische Massnahme des Bundes:
Sind Sie der Ansicht, dass sich der Bund bei der Neuausrichtung der Regionalpolitik auf eine Überführung des IHG-Fonds in eine öffentlich-rechtliche Stiftung Regionalentwicklung beschränken sollte?

**Nein.**

#### Begründung:

Travail.Suisse hegt Zweifel, da die Aufgabenstellung der Stiftung Regionalpolitik zu wenig klar definiert ist.

### 3. Alternative

Überführung des IHG-Fonds in eine Stiftung Regionalentwicklung und Schliessung von gewissen instrumentellen Lücken durch kleinere, zeitlich beschränkte Massnahmen:

Sind Sie der Ansicht, dass der Bund bei der Neuausrichtung der Regionalpolitik den IHG-Fonds in eine öffentlich-rechtliche Stiftung Regionalentwicklung überführen und einzelne Instrumente, wie der BB zu Gunsten wirtschaftlicher Erneuerungsgebiete (Bonny-Beschluss) oder eine neue Massnahme INTERREG IV, ergänzen sollte?

**Nein (Stiftung). Ja (Bonny-Beschluss).**

Begründung:

Die Stiftungsform vermag Travail.Suisse aufgrund der vage gehaltenen Zielsetzung nicht zu überzeugen. Die Instrumente des Bonny-Beschlusses sind hingegen zweckdienlich.

### Zentrale Fragen zur Vernehmlassungsvorlage Neue Regionalpolitik

1. **Bonny-Beschluss:** Teilen Sie die Ansicht, dass künftig auf einzelbetriebliche Förderungs-massnahmen verzichtet wird?

**Nein.**

Begründung:

Der Bundesbeschluss zugunsten wirtschaftlicher Erneuerungsgebiete hat sich bewährt und soll beibehalten werden.

2. **Zwei räumliche Ebenen** (grossräumig: Mehrjahresprogramm; kleinräumig: Stiftung): Erachten Sie diese räumliche Zweiteilung des Mitteleinsatzes als zweckmässige Lösung für die künftige Regionalpolitik?

**Nein.**

Begründung:

Die Aufteilung bringt neue Abstimmungs- und Schnittstellenprobleme.

3. **Potenzialarme Talschaften des Berggebiets:** Beurteilen Sie das in Kapitel 1.7.6. sowie in der Abbildung 14 des Vernehmlassungsberichts skizzierte Vorgehen als richtig und zweckmässig?

**Ja.**

Begründung:

Travail.Suisse hält es im Sinne der Subsidiarität für richtig, dass die Vorschläge von den Kantonen und nicht vom Bund gemacht werden.

#### 4. Tripartite Zusammenarbeit Bund - Kantone - Gemeinden

4a) Beurteilen Sie den Vorschlag als richtig, dass vorerst eine kurz- und mittelfristige, eventuell provisorische Lösung angestrebt wird? (Kapitel 1.7.2.)

**Ja.**

4b) Welches der zwei vorgestellten kurz- bis mittelfristig realisierbaren Zusammenarbeitsmodelle bevorzugen Sie und warum?

Travail.Suisse bevorzugt **Modell 1**: tripartite Konferenz ländlicher Raum und Berggebiete. Die tripartite Agglomerationskonferenz sollte nicht in die Regionalpolitik integriert werden.

5. **Kantonale Kofinanzierung der Stiftung:** Sind Sie einverstanden mit dem Grundsatz der kantonalen Kofinanzierung der Stiftung und der Annahme, dass diese ebenfalls die Hälfte der Bundesfinanzierung bzw. ein Drittel des Stiftungskapitals beizusteuern haben?

Wie bereits bemerkt, hat Travail.Suisse gegenüber dem Konzept einer Stiftung Regionalentwicklung einige Bedenken. Es fehlt eine Aufgabenkonkretisierung dieser Stiftung. Falls aber eine Stiftung Regionalentwicklung gegründet wird, dann wäre eine Kofinanzierung der Kantone angebracht.

Wir danken Ihnen, sehr geehrter Herr Bundespräsident, sehr geehrte Damen und Herren, für die Gelegenheit zur Stellungnahme, und hoffen, dass Sie unseren Bemerkungen Rechnung tragen werden.

Mit freundlichen Grüßen

NR Hugo Fasel  
Präsident

Susanne Blank  
Leiterin Wirtschaftspolitik